

# Pressearbeit der Länder in der Weimarer Republik

## Zusammenstellung der Texte

Kristin Wolf, Tobias Liebert

### Inhalt:

1	Einleitung (K.W., T.L.) .....	1
1.1	Gründungsoffensive von Pressestellen.....	1
1.2	Grundlegende Herausforderungen für die Länder .....	1
1.3	Pressepolitische Anfänge der Länder vor 1919.....	2
2	Für und wider Pressestellen (K.W., T.L.) .....	2
2.1	Pro Pressestellen.....	2
2.2	Kontra Pressestellen .....	3
3	Pressestellen zwischen Baum und Borke (K.W., T.L.).....	3
3.1	Pressarbeit zwischen autoritärer Tradition und demokratischer Moderne.....	3
3.2	Chefs aus den alten (und neuen Partei-) Eliten und junge Mitarbeiter mit wenig Erfahrung.....	4
4	Rahmen: Politische Verhältnisse (K.W., T.L.) .....	5
4.1	Staatliche Pressearbeit unter den Bedingungen eines stark politisierten Lager-Kampfes.....	5
4.2	(Nicht-) Öffentlichkeit und (Des-) Integration.....	6
5	Adressaten: Medienlandschaft (K.W., T.L.) .....	7
5.1	Staatliche Pressearbeit unter den Bedingungen einer stark weltanschaulich-politisch strukturierten Presse .....	7
5.2	Jede Regierung hat ihre eigene Gesinnungspresse, PR vor allem für den Rest .....	7
5.3	Mehr Dialog, weniger Kontrolle .....	8
6	Aufgaben und Instrumente (K.W., T.L.).....	9
6.1	Dualer Aufgabenbereich: innen und außen .....	9
6.2	Instrument Pressekonferenz eher selten eingesetzt .....	10
7	Reflexion staatlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (T.L., K.W.).....	10
7.1	Staatskommunikation als Propaganda.....	10
7.2	Spannungsverhältnisse amtlicher Kommunikation.....	11
8	Staats-PR auf Länderebene – eine Zusammenfassung (K.W., T.L.) .....	12
8.1	Kooperation der Pressestellen der Länder blieb in Versuchen stecken .....	12
8.2	Fazit.....	12
9	Anhang .....	13
9.1	Die Autoren der Texte über die Pressestellen der Länder in der Weimarer Republik... ..	13
9.2	Literaturverzeichnis (insbesondere Hausarbeit von K.W.) .....	13

## 1 Einleitung (K.W., T.L.)

### 1.1 Gründungsoffensive von Pressestellen

Mehrere Länder der Weimarer Republik, insgesamt die Mehrzahl, verfügten über eine eigene Pressestelle.<sup>1</sup> Hatte es auch vorher schon amtliche Pressestellen gegeben, so war doch die Schnelligkeit, mit der sich diese in der Weimarer Republik ausbreiteten, neu.<sup>2</sup> In der republikanischen Verfassung von 1919 war zum ersten Mal die Presse- und Meinungsfreiheit verfassungsrechtlich verankert. „Die Wiedereinführung der Zensur hätte nunmehr einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedurft.“ (Fischer 1981, S. 90)<sup>3</sup> Die Länder entdeckten in der ersten demokratischen Periode deutscher Geschichte, dass staatliche Pressestellen eine stabilisierende Funktion haben und als vermittelnde Institution zwischen politischer Führung bzw. staatlicher Leitung und Massenmedien dienen können.

Allerdings hatten nicht alle Länder der Weimarer Republik eine „richtige“ Pressestelle. Oft wurde die Stelle eines Pressereferenten nicht hauptamtlich besetzt bzw. der Aufgabenbereich beschränkte sich auf Fremdenverkehrs- und Standortwerbung.<sup>4</sup>

### 1.2 Grundlegende Herausforderungen für die Länder

Die Länder teilten viele Probleme des Zentralstaates, der Weimarer Republik. Viele Deutsche, die der stabilen Kaiserzeit nachtrauerten, interpretierten die in der demokratischen Verfassungsordnung verankerten Autoritätszweifel als Zeichen der Schwäche. Regierungen waren jetzt auf parlamentarische Mehrheiten und damit auf eine vom Volk verliehene Souveränität angewiesen. „Im Gegensatz zu einer konstitutionellen Regierung mussten sie ihre Entscheidungen auch außerhalb der Parlamente öffentlich rechtfertigen.“ (Lau 2003, S. 41) In einer von Niederlagen belasteten Demokratie hatten es gerade die Koalitionsregierungen schwer, sich zu behaupten.<sup>5</sup>

Von manchen Problemen des Zentralstaates – beispielsweise außenpolitischen – waren die Länder aber nicht unmittelbar betroffen. Auch zeigten sich die Koalitionsregierungen der Länder meist stabiler als die auf Reichsebene. Dafür hatten die Teilstaaten aber eigene Probleme: Der deutsche Föderalismus blieb zwar erhalten, aber in abgeschwächter Form.<sup>6</sup> Die Ländervertretung besaß von nun an gegenüber der Reichsregierung und dem Reichstag nur noch eine untergeordnete Stellung.

---

<sup>1</sup> Die Pressearbeit der Länder wurde erstmals 2003 von Lau untersucht. Seine Dissertation ist auch eine zentrale Quelle für die folgende Darstellung. „Matthias Lau hat für die Untersuchung der Aktionsräume staatlicher Öffentlichkeitsarbeit die sechs Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Braunschweig und Hamburg ausgewählt, deren Pressestellen die organisatorischen und personellen Grundlagen für eine aktive Teilnahme am Prozess der öffentlichen Meinungsbildung aufweisen.“ (Hartwig 2003)

<sup>2</sup> Lau 2003, S. 26.

<sup>3</sup> Die Meinungs- und Pressefreiheit wurde allerdings mehrmals – häufig durchaus zum Schutz der Republik – eingeschränkt. Vgl. dazu Goros 1998, S. 132-134.

<sup>4</sup> Lau 2003, S. 16.

<sup>5</sup> Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen siehe auch: Goros 1998, S. 130ff.

<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/index.html>

<http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=87>

<sup>6</sup> Sturm 2003, S. 16.

### 1.3 Pressepolitische Anfänge der Länder vor 1919

Auch wenn in der Weimarer Zeit viele neue Pressestellen entstanden, war die Idee an sich nichts Neues. So hatte zum Beispiel die *preußische Staatsregierung* schon zu Zeiten des Ersten Weltkrieges eine rege pressepolitische Aktivität entwickelt, deren Anfänge mindestens bis auf das zu Bismarcks Zeiten etablierte *Literarische Büro* zurückgingen.<sup>7</sup> Auch *Bayern*, *Sachsen* und *Württemberg* hatten schon während des Ersten Weltkriegs, vor allem für Zensur zuständige, Nachrichtenstellen.<sup>8</sup>

Eine wirkliche pressepolitische Tradition gab es aber in keinem der Länder. Die als Pressestellen bezeichneten Dienststellen waren für die interne Nachrichtenversorgung und Nachrichten im Stil öffentlicher Bekanntmachungen zuständig. Darüber hinaus wurden sie vor der Weimarer Republik kaum aktiv. „Deshalb ist die organisatorische Verfestigung – im Vergleich zu den Kommunen verzögert und verspätet – ein Kennzeichen der zunehmenden Bedeutung staatlicher Pressearbeit.“ (Lau 2003, S. 41)

## 2 Für und wider Pressestellen (K.W., T.L.)

### 2.1 Pro Pressestellen

Zwischen 1919 und 1930 war eine Gründungswelle staatlicher Pressestellen zu verzeichnen. Während Reichsregierung und Kommunen<sup>9</sup> schon länger pressepolitisch aktiv waren, entdeckten die Länder – abgesehen von Preußen – die Pressestellen als Mittel der Öffentlichkeitsarbeit erst in der Weimarer Zeit. Die Presse wurde als Spiegel der öffentlichen Meinung betrachtet und auch die Landesregierungen und -behörden erkannten, das man versuchen musste, auf die öffentliche Meinung Einfluss zu nehmen.<sup>10</sup> Mit Gründung der Weimarer Republik, der Verankerung der Pressefreiheit in der demokratischen Reichsverfassung von 1919 sowie dem Zensurverbot erhielten die Beziehungen von Regierungen zur Presse und damit staatliche Pressearbeit eine bis dahin unbekannte Bedeutung.<sup>11</sup>

„Aber mit der Herstellung eines einigermaßen geordneten öffentlichen Lebens schwollen [...] die Presseorganisationen<sup>12</sup> der verschiedenen Ämter [...] an: Das Bestreben der Behörden, einen möglichst starken Einfluss auf die öffentliche Meinung zu gewinnen und ihr Zeugnis abzulegen von der Notwendigkeit und Fruchtbarkeit ihrer eigenen Tätigkeit, das Drängen vieler existenzlos gewordener Journalisten, Schriftsteller usw. in eine Stellung beim Staate, der Wunsch der politischen Parteien, Angehörige mit einem amtlichen Posten zu versorgen, schließlich die unvermeidliche, noch nachwirkende Desorganisation der gesamten Staatsverwaltung, die jeder einzelnen Behörde eine bis zur Eigenmächtigkeit gehende Selbstständigkeit gab, ließen überall Pressestellen, Nachrichten- oder Propaganda-Abteilungen [...] entstehen [...].“ (Groth 1929, S. 260ff.)

Die Pressestellen der Länder in der Weimarer Republik entwickelten sich auch aus der Notwendigkeit heraus, eine stabile Mehrheit für die Regierung zu haben. Bekanntlich zeichnete sich die erste demokratische Periode in der deutschen Geschichte durch häufig wechselnde und instabile Koalitionen und damit labile Mehrheitsverhältnisse aus. Diese Mehrheiten konn-

<sup>7</sup> Vgl. Koszyk 1972, S. 113.

<sup>8</sup> Vgl. Lau 2003, S. 38.

<sup>9</sup> Zur kommunalen Pressearbeit siehe Bonte 1997, Liebert 1995, 1997, 1999.

<sup>10</sup> Bauer 1962, S. 15.

<sup>11</sup> Vgl. dazu u. a. Bonte 1997, S. 9.

<sup>12</sup> Im Original *Preßorganisationen*. Wir modernisieren in dieser Darstellung die Schreibweisen.

ten nur aus dem Volk kommen und dazu musste das Volk über die Aktivitäten der Regierungen aufgeklärt werden.

## 2.2 Kontra Pressestellen

Das Misstrauen in der Bevölkerung und auch auf Seiten der Redakteure gegenüber den Pressestellen war jedoch groß. *Einerseits* wurde es von vielen historischen Erfahrungen aus der Zeit des kaiserlichen Obrigkeitsstaates und der Kriegszensur genährt. *Andererseits* waren radikaldemokratische Vorstellungen und Sozialisierungstendenzen in der Revolutions- und Nachrevolutionszeit weit verbreitet. Auch wenn sich schließlich mit der *Weimarer Nationalversammlung* eine Form repräsentativer Demokratie durchsetzte, standen zunächst auch Modelle direkter, plebiszitärer bzw. von Räte-Demokratien hoch im Kurs: Im Lichte solcher Grundauffassungen schien Presse- und Öffentlichkeitsarbeit staatlich-bürokratischer Instanzen schwer vereinbar mit einem freien Journalismus und dem souveränen Bürger. „Kritikern erschien die staatliche Pressearbeit als Angriff auf die Meinungsfreiheit und die redaktionelle Unabhängigkeit.“ (Lau 2003, S. 14)

Ein gutes Beispiel zeitgenössischer Skepsis stellt ein Text von Kurt Tucholsky dar, welchen er 1920 unter dem Pseudonym Ignaz Wrobel geschrieben hat:

„[...] Als der Ludendorffsche Laden im Jahre 1914 fühlte, dass es ohne einen gelegentlichen Saisonverkauf nicht abgehen würde, schuf er sich das Kriegspresseamt, einen Ausschank, der ausdrücklich dazu da war, in die Presse diejenigen lügenhaften Nachrichten einzuschmuggeln, die nötig waren, um dem Volke das gewisse Quantum Kriegsbesoffenheit einzutrichtern. Es gelang. [...]

Diese Pressestellen haben sich nach dem Kriege karnickelhaft vermehrt, und eine Armee von kriegs- und lebensuntauglichen Schreibern, von Brillenmenschen, von Registratoren, Schmöcken und Bureaubeamten ergoss sich stellenlos über Deutschland, hatte keine Arbeit und machte sich welche. Das Wesen der Presse wird durch diese korrumpierenden Pressestellen völlig umgekrempelt. [...]

Die Pressestelle hat zweierlei Aufgaben: einmal macht sie den Zeitungen und damit der zu täuschenden Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Dienststelle klar, der sie angegliedert ist. Sie wird also dauernd von der emsigen Arbeit der Dienststelle, von ihrem Bienenfleiß und ihrer großen kulturellen Bedeutung im öffentlichen deutschen Leben zu schreiben haben. Die Pressestelle hat zweitens die Aufgabe, etwaige Fehlgriffe der Dienststelle – also ungefähr die Hälfte ihrer Tätigkeit – vor der Öffentlichkeit zu beschönigen, zu bemänteln oder abzuleugnen. Beides tut die Pressestelle. Beides druckt die Zeitung. [...] Die deutsche Presse, die auf Sauberkeit hält, sollte sich die Pressestellen abschminken.“ (Wrobel 1920)

## 3 Pressestellen zwischen Baum und Borke (K.W., T.L.)

### 3.1 Pressarbeit zwischen autoritärer Tradition und demokratischer Moderne

Ein erheblicher Teil der Meldungen, die in den Zeitungen veröffentlicht wurden, war auf *gezielte Nachrichtenversorgung* zurückzuführen. In der Tradition des autoritären Staates war Pressearbeit also durchaus erfolgreich. Auch in der Weimarer Republik blieben die Pressestellen zumeist bei einer selektiven und gezielten Versorgung der Redaktionen mit Mitteilungen.<sup>13</sup> Dessen waren sich nicht nur die Redakteure bewusst.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Lau 2003, S. 199.

<sup>14</sup> Lau 2003, S. 14.

„Die Kontinuität des Misstrauens gehörte zu den Arbeitsbedingungen staatlicher Pressereferenten und prägte die Wahrnehmung.“ (Lau 2003, S. 14)

Das mag auch daran gelegen haben, dass in den Medien in der Regel die Quellen einer Nachricht nicht angegeben wurden. Der Grundsatz, dass Informationen den nachhaltigsten Effekt erzielten, wenn ihre Urheber nicht erkennbar sind, bestimmte die Nachrichtenversorgung in den Ländern der Weimarer Republik.<sup>15</sup> Dies war allerdings nicht nur „Schuld“ der Pressearbeit, sondern auch des Journalismus. Weil es in der Presse – eben als Gesinnungspresse – spätestens seit dem 19. Jahrhundert üblich war, nicht nur Nachrichten zu vermitteln, sondern diese auch zu bewerten, war es für Journalisten möglich und häufig auch für die von ihnen vertretene Gesinnung funktional, Pressemitteilungen der Regierung in den Zeitungen zu platzieren oder sie ideologisch (positiv oder negativ) zu benutzen, ohne dass der Leser dies erkennen konnte.<sup>16</sup>

### **3.2 Chefs aus den alten (und neuen Partei-) Eliten und junge Mitarbeiter mit wenig Erfahrung**

Die staatlichen Pressestellen unterlagen auch einem enormen Legitimationsdruck innerhalb der Behörden. Da neu, rekrutierten sie ihre Mitarbeiter häufig unter Außenseitern und stellten vor allem auch sehr viele junge, unerfahrene Journalisten ein. Denn ein älterer, erfahrener Journalist verdarb sich den Ruf, wenn er ‚die Seiten wechselte‘. Jüngere, von Krieg und dynamischer Revolutionszeit geprägte, Mitarbeiter konnten keine Unterstützung von Beamten erwarten, die ihre Laufbahn in der stabilen und autoritären Kaiserzeit begonnen hatten.<sup>17</sup> Alles in allem hatten aber immerhin drei Fünftel der Mitarbeiter der Pressestellen der Länder redaktionelle Berufserfahrung.<sup>18</sup>

Die *Leiter* der Pressestellen waren in den meisten Fällen politische Funktionsträger und Angehörige der Ministerialbürokratie. Sie waren zu einem großen Teil parteipolitisch engagiert und arbeiteten im Umfeld der politischen Führung oder waren sogar ein Teil dieser.<sup>19</sup>

Ob jung oder alt, ob Mitarbeiter oder Chef, die Pressearbeiter waren gewiss nicht ohne Einfluss:

„Als Beauftragte einer Delegationselite beeinflussten sie das Bild der Regierungsarbeit in der Öffentlichkeit, als Regulatoren des Nachrichtenflusses hatten sie eine Schlüsselstellung in der medialen Vermittlung politischer Entscheidungen.“ (Lau 2003, S. 30)

---

<sup>15</sup> Vgl. Lau 2003, S. 198.

<sup>16</sup> Vgl. Lau 2003, S. 271.

<sup>17</sup> Vgl. Lau 2003, S. 13.

<sup>18</sup> Lau 2003, S. 89.

<sup>19</sup> Vgl. Lau 2003, S. 30.

## 4 Rahmen: Politische Verhältnisse (K.W., T.L.)

### 4.1 Staatliche Pressearbeit unter den Bedingungen eines stark politisierten Lager-Kampfes

In der heutigen Bundesrepublik ist *staatliche* Öffentlichkeitsarbeit normativen und juristischen Regeln unterworfen (z. B. Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1977), die sie deutlich von *parteilichter* PR abgrenzen. Zu Weimarer Zeiten hingegen war staatliche Kommunikation stark von den gerade herrschenden Parteien und ihrem Streit mit den jeweiligen Oppositionsparteien beeinflusst.<sup>20</sup> In gewisser Weise schlug das Pendel nun zur anderen Seite aus: Denn im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg hatten parteilichter Auseinandersetzungen als ‚kleinliches Gezänk‘ gegolten und waren vom Obrigkeitsstaat eingegrenzt worden.

Hinzu kam, dass die Parteien fest in sozialen Gruppen bzw. Milieus verwurzelt waren. Dadurch gerieten viele politische Auseinandersetzungen zu weltanschaulich-ideologischen, sozialökonomischen und kulturellen Kämpfen.<sup>21</sup> Unter solchen Bedingungen galt die Meinung des Andersdenkenden nicht viel, Kompromissbereitschaft und Toleranz bildeten knappe Güter. Für eine *neutrale, überparteiliche, sachlich-informierende* Öffentlichkeitsarbeit des Staates war eher wenig Platz.<sup>22</sup>

Insofern konnten herrschaftssichernde Funktionen und persuasive bzw. manipulative Formen der Staatskommunikation vor 1914 bzw. 1918 auch unter den neuen demokratischen Verhältnissen überleben. Die Ziele der staatlichen Pressearbeit waren denen im 19. Jahrhundert durchaus noch ähnlich. „Immer noch galt es, loyale Anhänger zu sammeln, Schwankende zu gewinnen und Gegner auszugrenzen.“ (Lau 2003, S. 368)

Der *Politisierungsgrad* der Länder-Pressearbeit lag zwischen dem von Reich und Kommunen, was Cramer (1931, Sp. 370f.) vor allem an der Besetzung der Chefposten fest machte: Der Reichspressechef wechselte in der Regel mit dem Kabinett. „In den Ländern ist das Amt des P[resse]chefs zwar auch politisch, aber weit weniger od. fast gar nicht dem Wechsel unterworfen, weil die Politik hier kontinuierlicher ist (Preußen, Bayern, Baden).“ Im Gegensatz dazu würden die Presse- und Nachrichtenämter der Städte „politisch neutral“ arbeiten.

Für eine politische Besetzung des Pressestellenleiters plädierte auch der Amtsinhaber in Preußen, dem mit Abstand größten deutschen Teilstaat. Regierungsrat Goslar (1921, S. 1), seit Herbst 1919 *Pressechef der preußischen Staatsregierung*, argumentierte, dass eine demokratisch gewählte Regierung ihre Standpunkte vermitteln können muss. Dies gehe nur, wenn die Funktion des staatlichen Pressechefs von einem politischen Beamten eingenommen würde. Die Pressearbeit der einzelnen *Ministerien und Staatskommissariate* könne aber unabhängig von Politikwechseln durch einen journalistischen Fachmann geleitet werden.

---

<sup>20</sup> Das Parteibuch der jeweiligen Pressestellenleiter prägte auch deren Verständnisse vom Verhältnis Staat-Journalismus: „Die individuell ganz unterschiedliche Interpretation der Pressechefs von politischem Journalismus wird durch einen Vergleich des BVP-nahen Leiters der bayerischen Pressestelle, Hans Eisele, mit dem Zionisten Hans Goslar, so genannter ‚Pressechef‘ in Preußen, sowie dem Braunschweiger Sozialdemokraten Gerhard von Frankenberg deutlich.“ (Hartwig 2003)

<sup>21</sup> Schließlich bestand auf Reichsebene seit März 1930 keine die Republik tragende parlamentarische Mehrheit mehr, so dass der Reichskanzler mit vom Parlament unabhängigen Notverordnungen regierte (Goros 1998, S. 131).

<sup>22</sup> Vgl. auch Lau 2003, S. 12.

heutige System der Koalitionsregierung bedingt für die Staatsregierungen die Wahl eines Leiters ihrer Pressepolitik, der, selbst einer der Koalitionsparteien angehörend, auch von der Notwendigkeit der Koalitionspolitik überzeugt ist und in den entscheidenden Fragen und grundlegenden programmativen Punkten seinen Ministern nicht lediglich aus Gehorsamspflicht, sondern auf Grund seiner politischen Urteilsbildung zustimmt. Nur dann kann man m. E. auch den Pressechef in die Vertrauensstellung einsetzen, die z. B. die Teilnahme an den Kabinettsitzungen einschließt.

Aus diesen Betrachtungen aber scheint mir hervorzugehen, daß die Besetzung von verantwortlichen Pressestellen politischer Natur nicht auf dem Wege der etatsmäßigen Beamtenausstellung eines Journalisten oder gar der Übernahme eines bereits etatifizierten Beamten in das Presseamt gelöst werden kann. Der oberste Grundsatz muß vielmehr sein: Der Leiter der Pressepolitik einer Regierung im parlamentarisch regierten Staat kann nur solange im Amte bleiben, als ihn seine politische Überzeugung mit der Regierung verkettert. Fällt der Herzog, so fällt auch der Mantel! Tritt eine Koalitionsregierung in ihrer Gesamtheit zurück, oder ändert sie ihre Struktur und grundlegende Politik durch das Ausscheiden einer und die Aufnahme einer bisher oppositionellen Partei, so kann in der Regel der Pressechef nur auch seinerseits die Konsequenzen daraus ziehen. Ich glaube, der Zustimmung der Kollegen aus allen Parteien sicher zu sein, wenn ich sage, daß journalistische Ehre und politischer Anstand es gebieten, in diesen Fällen zu demissionieren.

Abb.: Faksimile aus: Goslar 1921, S. 1.

#### 4.2 (Nicht-) Öffentlichkeit und (Des-) Integration

Staatliche Pressearbeit sollte eine öffentliche Wirkung erzielen. Ein großer Teil der Arbeit geschah jedoch – trotz Kritik, die genau das bemängelte – im nicht-öffentlichen Raum. Ließen sich die Methoden der Pressepolitik nachvollziehen, wurde sie von Seiten der Pressestelle nicht mehr als Pressepolitik angesehen bzw. als erfolglos eingeschätzt.<sup>23</sup> Gegner, die nicht belehrbar waren, mussten diskreditiert werden – als potentielle Verbündete kamen Andersdenkende nicht in Frage. Damit verbauten sich Pressechefs die Möglichkeit, die Zone informeller Kooperation auszuweiten und passten sich an die Konfrontation zwischen Regierung und Opposition an.<sup>24</sup>

Allerdings wirkten auch *Impulse für eine staatliche Öffentlichkeitsarbeit im heutigen Sinne*. Ziel der staatlichen Pressearbeit war es, die Verbindung zu den einzelnen Bevölkerungsgruppen herzustellen und zu festigen. Dass die zersplitterte Gesellschaft der Integration bedurfte, war durchaus augenfällig. Aufgrund der ständigen Angriffe von links und rechts wurden je-

<sup>23</sup> Vgl. Lau 2003, S. 15.

<sup>24</sup> Vgl. Lau 2003, S. 50.

doch meist bloß die ‚Erblasten‘ aufgezeigt und deklamatorisch die Fortschritte nach Ansicht der Regierenden dargelegt, ohne in einen echten gesellschaftlichen Diskurs zu gelangen.<sup>25</sup>

Als Bremsen des Lagerkampfes wirkten die Koalitionsregierungen. Aus ihnen wuchsen Impulse, Pressestelle und Pressearbeit so neutral wie möglich zu halten. Damit wollten sich die Akteure auch nach Koalitionsveränderungen bzw. Regierungswechseln die Möglichkeit zur Mitwirkung sichern.<sup>26</sup>

## **5 Adressaten: Medienlandschaft (K.W., T.L.)**

### **5.1 Staatliche Pressearbeit unter den Bedingungen einer stark weltanschaulich-politisch strukturierten Presse**

Obwohl Film und Hörfunk in der Weimarer Zeit eine rasante Entwicklung erlebten, behielt die Presse unter den Massenmedien die Spitzenstellung. 1928 erschienen 3.356 verschiedene Tageszeitungen, wobei allerdings nur 26 in mehr als 100.000 Exemplaren gedruckt wurden.<sup>27</sup>

Heute wird Journalismus – jedenfalls nach dem vorherrschenden Leitbild – als nicht nur vom Staat, sondern auch von politischen Parteien unabhängige Institution begriffen, die die Gesellschaft neutral und distanziert beobachtet. Die modernen Massenmedien wollen breiteste Publikula erreichen und sich nicht auf bestimmte soziale Schichten, weltanschauliche Gruppierungen etc. beschränken. Traditionell war die deutsche Presse „Meinungspresse“, also – abgesehen von den tatsächlich oder vermeintlich unpolitischen „Generalanzeigern“ – nach Gesinnungen strukturiert, damit also weltanschaulich-politisch bzw. nach sozialen Milieus organisiert.

Für die Pressearbeit von Regierungen in der Weimarer Republik bedeutete dies: Ihre journalistischen „Partner“ fand sie in der Presse, die der politischen Richtung entstammten, die die Regierung stellte. Ihre journalistischen „Gegner“ stellten die Medien dar, die die jeweilige Opposition unterstützten. Daraus folgte, dass Journalisten mit zweierlei Maß gemessen wurden.

### **5.2 Jede Regierung hat ihre eigene Gesinnungspresse, PR vor allem für den Rest**

Der „eigenen“ Presse konnte sich die regierungsamtliche Pressestelle sicher sein und um diese musste sie sich nicht sehr bemühen. Mit wenig Aufwand sorgten die Mitarbeiter der Pressestellen für den Abdruck der Regierungsnachrichten in den Zeitungen. Meistens konzentrierte sich die Pressearbeit dabei auf die Hauptstadtblätter, wobei die der Opposition mit einbezogen wurden, denn größere Zeitungen abonnierten die Korrespondenzen der Gegenpartei und werteten diese aus.<sup>28</sup>

Offensive Selbstdarstellung der eigenen politischen Position besorgte schon die jeweilige Gesinnungspresse, von Regierungsinstitutionen war sie eher nicht akzeptiert. Die Pressestellen der Länder verlegten sich deshalb auf einen defensiven Kurs der Schadensbegrenzung oder Prävention. Sie konzentrierten sich darum auf den Gegner. Das Ziel war es, Redakteure, die

---

<sup>25</sup> Lau 2003, S. 14f.

<sup>26</sup> Lau 2003, S. 27.

<sup>27</sup> Sturm 1998, S. 44.

<sup>28</sup> Lau 2003, S. 196.



für Oppositionsblätter schrieben, vom Regierungskurs zu überzeugen und Veröffentlichungen in ihren Zeitungen zu erwirken.<sup>29</sup> In der Regel konnten die Pressechefs jedoch schon froh sein, „[...] wenn es ihnen gelang, die Stellungnahmen zur Regierungspolitik zu kanalisieren und die ablehnende Haltung der Oppositionspresse zu dämpfen.“ (Lau 2003, S. 196) Lau beschreibt die Vorgehensweise der *sächsischen Pressestelle* folgendermaßen:

„Die Nachrichtenstelle gab Meldungen weiter, die Beamte in Ministerien oder Behörden verfasst hatten. Sie sprach Anregungen und Warnungen aus; selten verfassten die Mitarbeiter selbst längere Artikel.“ (Lau 2003, S. 199)

### 5.3 Mehr Dialog, weniger Kontrolle

Doch zog auch schon ein neuer Geist auf, der auf Zusammenarbeit und Dialog setzte. „Neben der traditionellen Taktik, Informationen zu verschweigen, unliebsame Journalisten zu isolieren oder die Obstruktionspresse radikaler Parteien zu unterdrücken, nutzten die Pressechefs in der Weimarer Republik ihre vermittelnde Funktion [...].“ (Lau 2003, S. 368) Das Ziel war eine breite Basis für Kooperationen. Um diese Grundlage zu schaffen, bemühten sich die Pressestellen, die informelle Zusammenarbeit mit den Journalisten auszubauen, um Mehrheiten für sich zu gewinnen und somit „[...] den Eindruck von deutlicher öffentlicher Unterstützung des Regierungskurses zu verstärken.“ (Lau 2003, S. 368)

Auf die im Krieg gängige Kommunikationskontrolle wurde weitgehend verzichtet. Trotzdem gelang es den Pressereferenten nicht, sich von dem im Krieg bevorzugten Verfahren der Tabuisierung unliebsamer Themen gänzlich zu lösen. In den Pressestellen ging es in erster Linie darum, die öffentliche Gemütslage zu erkennen und diese für eine Unterstützung des Regierungskurses zu nutzen. Gleichzeitig sollte aber auch ein Klima gestärkt werden, in dem es Menschen mit abweichender Gesinnung schwerer hatten, ihre Meinung zu artikulieren.<sup>30</sup>

---

<sup>29</sup> Lau 2003, S. 15.

<sup>30</sup> Lau 2003, S. 270.

## 6 Aufgaben und Instrumente (K.W., T.L.)

### 6.1 Dualer Aufgabenbereich: innen und außen

Das Aufgabengebiet der Pressestellen der Länder war wie bei den Kommunen und im Reich in *zwei gleichstarke Bereiche* differenziert, wie Goros nach Auswertung von zeitgenössischen Quellen von 1928 bzw. 1930 feststellte:

„Einerseits sollten sie die Öffentlichkeit durch die Presse wahrheitsgetreu unterrichten. Dazu sollten sie Presseanfragen bearbeiten und der Presse in Pressekonferenzen und Pressediensten Informationen und Material zur Verfügung stellen. Andererseits oblag ihnen die Unterrichtung der Behörden und Verwaltungen über Ansichten, Forderungen und Kritik der Öffentlichkeit.“

Dabei setzten sie unterschiedliche technische Mittel ein, wie Briefe und Amtsblätter, aber auch drahtlose Telegraphen, Fernsprecher oder Hörfunk. (Goros 1998, S. 160)

Eine Zweiteilung des *Aufgabenbereiches* sah auch Cramer in einem einschlägigen Lexikon von 1931. Im Übrigen vertrat der damalige Lexikonautor auch von den *Funktionen* der Pressestelle eine sehr moderne Auffassung.

*Abb. rechts:* Faksimile aus: Cramer 1931, Spalte 370.

Die Organisation des amtl. P.dienstes in Reich, Ländern u. Gemeinden hat sich in der Nachkriegszeit ständig vervollkommnet, sie ist immer engermaschiger geworden. Heute verfügen nicht nur die Zentralstellen, sondern auch die Provinzial- u. Bezirks-, die Post- u. Reichsbahn-, die Justizbehörden usw. über P.-ämter u. P.stellen. Der Grund hierfür liegt in der Demokratisierung des gesamten Verwaltungsapparates u. in der gesteigerten Bedeutung der P. im Volksstaat. Die Anteilnahme des Staats- u. Gemeindebürgers an dem öffentl. Leben ist gestiegen; die Behörden unterliegen viel stärker der Kritik der Öffentlichkeit. Die vielgestaltigen Lebensäußerungen des fast unübersehbaren Verwaltungsorganismus bedürfen einer umfassenden Aufklärungstätigkeit in der P., um über Stand u. Bewegung, Pläne u. Absichten die Öffentlichkeit zu unterrichten u. Verständnis für die Arbeit der Behörden zu wecken u. das Echo ihrer Maßnahme aufzufangen. Daraus ergibt sich die doppelte Aufgabe aller amtl. P.stellen. Sie haben einmal den Verkehr mit der P. in vertrauensvoller Zusammenarbeit durch die Mittel mündlicher u. schriftlicher Information zu pflegen. Dazu gehören die regelmäßige Übermittlung des aus dem Amtsbereich der Behörden anfallenden Nachrichtenmaterials, die mündliche Einzel- od. Kollektivinformation (P.konferenzen u. -empfang), die Auskunfterteilung auf Anfragen usw., dann aber auch die sachliche Richtigstellung falscher Nachrichten u. P.äußerungen sowie die Abwehr unberechtigter Angriffe. Hierfür ist Voraussetzung die tägliche eingehende Durchsicht der P. u. die Weitergabe einschlägiger Zeitungsartikel an die einzelnen Dienststellen u. den Chef der eigenen Behörde. Diese zweite Aufgabe, die ständige Unterrichtung der eigenen Verwaltung durch den internen Berichtsdienst, erstreckt sich auch auf die mündliche u. persönliche Beratung des P.dezernenten (P.chef, P.amtsleiter) u. auf eigene journalist. Betätigung. Der P.chef soll der ehrliche Makler zwischen Verwaltung u. P. sein, gestützt durch das beiderseitige Vertrauen. Er ist zweckmäßig von Hause aus Journalist, da er die Bedürfnisse der P. in der Regel besser kennt als der Beamte. Die Berufsorganisationen haben die Besetzung der leitenden Stellen der P.ämter mit Journalisten als Grundsatz aufgestellt, ohne Ausnahmen auszuschließen. Die Persönlichkeit des P.chefs spielt noch eine besondere Rolle, wie bei den meisten staatl. P.ämtern, wenn es sich um polit. Stellen handelt, deren Inhaber die Politik der jeweiligen Regierung zu vertreten haben. Das trifft bes. bei

## 6.2 Instrument Pressekonferenz eher selten eingesetzt

Auf die Pressekonferenz als Instrument wurde von den Pressearbeitern der Länder nur selten zurückgegriffen. Auch hierfür gab es mehrere Gründe. Während des Ersten Weltkrieges – vor allem in seiner ersten Hälfte – wurden die Pressekonferenzen zum Verdunkeln und Verschleiern genutzt, statt der Aufklärung zu dienen. Minister hielten sie für ein Mittel für Zensurersatz und Gerüchteabwehr.

Somit herrschte in der Bevölkerung und vor allem bei den Journalisten großes Misstrauen gegenüber Pressekonferenzen. Mit dieser Ambivalenz hat sich auch Walter Schöne – zweiter Habilitand im damals jungen Fach der Zeitungswissenschaft und Pressechef der Stadt Leipzig – beschäftigt:

„Wenn sie [die Pressekonferenzen] auch später als ein Mittel anerkannt wurde, das geeignet ist, die notwendigen persönlichen Beziehungen zwischen Regierung und Pressevertretern herzustellen [...], so sind doch die ihr innewohnenden Uniformierungstendenzen von der Presse stark empfunden worden.“ (Schöne 1928, S. 146. Vgl. auch S. 154)

Hinzu kam, dass auch die Pressestellen selbst diesem Instrument nicht trauten. Zu groß war die Gefahr, dass Pressekonferenzen zu einem Diskussionsforum und Redakteure dazu animiert wurden, über heikle Angelegenheiten zu schreiben. Außerdem sträubten sich Regierungsmitglieder nicht selten, sich außerhalb des Parlaments für ihre Arbeit zu rechtfertigen.<sup>31</sup>

## 7 Reflexion staatlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (T.L., K.W.)

### 7.1 Staatskommunikation als Propaganda

Staatliche Pressearbeit wurde auch in der Weimarer Zeit weiterhin primär als eine Form von *Propaganda* betrachtet.<sup>32</sup>

„In Deutschland waren zu Beginn der 20er Jahre die Ansichten über den Begriff Propaganda noch geteilt. Zwar hatte das Image dieses Ausdrucks durch die Anwendung im Ersten Weltkrieg gelitten, doch finden sich in der Literatur jener Zeit Beispiele sowohl für eine positive wie auch für eine negative Interpretation.“ (Binder 1983, S. 26)

Obwohl Propaganda nach alter Manier einerseits kritisiert wurde, glaubte man andererseits auch in der Weimarer Republik noch an ihre Wirkung. Amtliche Pressearbeiter mussten in der Weimarer Republik mit dem permanenten Misstrauen aus der Bevölkerung umgehen. „Kritiker maßen jede Pressepolitik, die über restriktive oder repressive Maßnahmen hinausging, an der Pressepolitik des Kaiserreiches und der Kriegspropaganda.“ (Lau 2003, S. 14)

Es gibt keine Nachweise dafür, dass Mitarbeiter von *Pressestellen der Länder* die Literatur zur Public Relations bzw. Pressearbeit, die in den zwanziger Jahren vermehrt publiziert wurde, rezipierten.

„Dies hätte der Diskussion über staatliche Pressearbeit einen Schub gegeben, sie von der einseitigen Fixierung auf Propaganda im innenpolitischen Lagerkampf weggelenkt und die Fragen

---

<sup>31</sup> Vgl. Lau 2003, S. 232f.

<sup>32</sup> Vgl. Lau 2003, S. 375.

nach Professionalisierungsdefiziten politischer Öffentlichkeitsarbeit aufgeworfen.“ (Lau 2003, S. 375)

Chancen auf Verbesserung der Pressearbeit blieben deshalb meist ungenutzt. Regierungen würdigten ihre Pressestellen nicht genug als Vermittler eines ständigen informellen Austausches und als Mittler gesellschaftlicher Integration. So war es ihnen auch nicht möglich, das Vertrauen in die Zuverlässigkeit staatlicher Nachrichtenpolitik und damit die Einflusschancen langfristig und nachhaltig zu verbessern.<sup>33</sup>

## 7.2 Spannungsverhältnisse amtlicher Kommunikation

Eine Diskussion um Probleme staatlich-behördlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat es allerdings durchaus gegeben, allerdings nicht spezifisch für die Landesebene.<sup>34</sup> Akteure und Beobachter amtlicher Publizistik reflektierten die unterschiedlichen Funktionen und Arbeitsprinzipien von Verwaltung und Presse, woraus Spannungen erwachsen. „Eine gewisse Abneigung gegenüber amtl[ichen] Verlautbarungen u. Dementis liegt im Wesen der P[resse] begründet. Die oft zwangsläufig uniformierende amtl[iche] Nachrichtenübermittlung u. mitunter gebotene Zurückhaltung der Behörden geben immer wieder Anlass zu Reibungen.“ (Cramer 1931, Sp. 372)

Schöne diskutierte in seinem zeitungswissenschaftlichen Lehrbuch von 1928 (S. 143), woher die „zwiespältigen Gefühle“ der Presse gegenüber den amtlichen Pressestellen kommen. Sie erklärten sich „ferner aus der Zeit des kämpferischen Journalismus, da der Journalist als Volkstribun der Obrigkeit fordernd gegenüberstand.“ Das neue parlamentarische System biete aber ganz andere Bedingungen: Diese Gegensätze seien „in gewissem Umfange nur noch bei der politischen Opposition vorhanden. Die Regierung selbst verkörpert den Volkswillen. Als Volkstribun fühlt sich in erster Linie der Abgeordnete.“ Mit anderen Worten: Amtliche Pressearbeit *und* Journalismus haben in einer parlamentarischen Demokratie nicht mehr dieselben Funktionen wie in autoritären Systemen.<sup>35</sup>

Amtliche Öffentlichkeitsarbeiter sahen sich in ein Spannungsfeld von Information und Persuasion gestellt, und zwar in doppelter Hinsicht: Zum einen in Bezug auf die schon weiter vorn behandelte Frage, wie parteilich-politisiert staatliche Kommunikation sein darf oder muss. Schöne beispielsweise – allerdings im Blick auf Städte und Gemeinden – war ein Verfechter des Tatsachencharakters amtlicher Pressearbeit.<sup>36</sup>

Und zum anderen entfaltete sich dieses Spannungsfeld durch die in den Zwanzigerjahren auch zunehmende Rolle von wirtschaftlicher Standort-PR und Fremdenverkehrswerbung.<sup>37</sup> Was Cramer (1931, Sp. 371) speziell für die Kommunen diagnostizierte, musste auch für die Länder zutreffen, die innerhalb Deutschlands und gegenüber dem Ausland durchaus in Konkurrenz zueinander standen: Die – politisch gesehen neutrale – Pressearbeit der meisten Städte „trägt auch eine propagandist[ische] Note, vornehmlich auf dem Gebiet des kulturellen Lebens, des Ausstellungs- u. Verkehrswesens.“

---

<sup>33</sup> Vgl. Lau 2003, S. 372f.

<sup>34</sup> Vgl. u. a. Schöne 1928, S. 141ff.

<sup>35</sup> Vgl. dazu auch Liebert 1996/2003.

<sup>36</sup> Liebert 1995, S. 7-10; Liebert 1999, S. 409f.; Liebert 1996/2003.

<sup>37</sup> Vgl. auch Liebert 1997, S. 85-92.

## 8 Staats-PR auf Länderebene – eine Zusammenfassung (K.W., T.L.)

### 8.1 Kooperation der Pressestellen der Länder blieb in Versuchen stecken

Auch wenn mehrere Länder der Weimarer Republik eigene Pressestellen hatten und Pressearbeit betrieben, ein Austausch zwischen den einzelnen Ländern existierte praktisch nicht. Es gab Versuche, wie den von Morton Bernath, dem Leiter der *Presseabteilung des Württembergischen Staatsministeriums*, mit anderen Ländern zusammen zu arbeiten. Doch als dieser 1919 eine Kooperation zwischen den Ländern Württemberg, Bayern, Baden und Hessen vorschlug, scheiterte dies nach kurzen Gesprächen, da die Stellen in der Verwaltung kaum verankert waren und somit so gut wie keinen Handlungsspielraum hatten. Zudem ließen sich die Motive einer Zusammenarbeit nicht vereinbaren. „Tatsächlich ging es Bernath weniger um den Austausch der Nachrichten, als um einen gemeinsam geführten Kampf gegen eine ‚übertriebene Zentralisierung‘.“ (Lau 2003, S. 177) Es kam lediglich später unter dem Nachfolger Bernaths als Leiter der *Pressestelle der Württembergischen Staatsregierung*, Josef Vögele, zu einem lockeren Kontakt mit Bayern, der sich vor allem im Austausch von Nachrichten äußerte.

Auch mit der wesentlich besser ausgestatteten *Presseabteilung der Reichsregierung* kooperierte nur die *Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei*. Jedoch beschränkte sich auch diese Zusammenarbeit auf den Austausch interner Informationen.<sup>38</sup> Außerdem orientierten sich die sächsischen Pressevertreter an großen Ländern. Kooperationsanfragen von kleinen Ländern, wie beispielsweise die der *Pressestelle der Staatsregierung von Mecklenburg-Strelitz*, wurden abgelehnt.<sup>39</sup>

„Die Aussichten auf eine informelle Kooperation zwischen den Landespressestellen waren schlecht, wenn es den Pressechefs über interne Nachrichtenversorgung hinaus darauf ankam, eine gemeinsame Haltung gegenüber der Reichsregierung zu entwickeln.“ (Lau 2003, S. 184)

Häufig ließ die unterschiedliche parteipolitische Zusammensetzung der Landesregierungen keine einheitliche Linie zu.<sup>40</sup>

### 8.2 Fazit

Pressestellen waren das wohl wichtigste Instrument staatlicher Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit der Länder. Denn die Bürger bezogen ihr Bild von Staat und Regierung vor 1933 vor allem aus der Presse, obwohl gemeinhin bekannt war, dass ein erheblicher Teil der Nachrichten in der Zeitung die Folge gezielter Nachrichtenversorgung gewesen ist.<sup>41</sup> Es hätte allerdings keine Pressestellen in der Weimarer Republik gegeben, wenn sie nicht zumindest auf Akzeptanz bei den Redaktionen gestoßen wären.<sup>42</sup>

Mit dem Einsetzen der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 hatte die Weimarer Republik ihre Legitimation bekommen. Doch der Umbau des Staatsapparates vom Kaiserreich zur parlamentarischen Demokratie gestaltete sich – noch dazu unter großen außenpolitischen (Versailler Vertrag etc.) und wirtschaftlichen (Inflation etc.) Schwierigkeiten – problematisch

---

<sup>38</sup> Lau 2003, S. 177f.

<sup>39</sup> Lau 2003, S. 179.

<sup>40</sup> Lau 2003, S. 184.

<sup>41</sup> Lau 2003, S. 14.

<sup>42</sup> Lau 2003, S. 15.

und wurde von großen Teilen der Bevölkerung nicht anerkannt. Die Republik blieb ungeliebt. Anstelle einer ausreichend konsensträchtigen politischen Kultur gab es mehrere gegensätzliche Teilkulturen, die sich bekämpften.<sup>43</sup> Nach Kriegsniederlage und dem Zusammenbruch der Monarchie blieb eine stark zersplitterte Gesellschaft zurück, die – als Gesamtheit – demokratische Werte nicht verinnerlichen konnte und sich zudem durch eine beharrliche Modernitäts-skepsis auszeichnete.

Traditionelle und moderne Auffassungen von Staatskommunikation prallten in der Arbeit der Pressestellen aufeinander. Diese teilten damit – alles in allem – Fortschritte und Defizite der Demokratie Weimarer Prägung. Dass die Pressearbeit in den Ländern dabei nicht noch weiter ausgebaut wurde, lag sicherlich auch an ihrer geringen technischen, finanziellen und personellen Ausstattung.

Alles in allem – auf Reichs-, Länder- und kommunaler Ebene – waren gegen Ende der Weimarer Republik die amtlichen Pressestellen aus dem Leben der Presse und der Behörden nicht mehr wegzudenken. Sie hatten sich im Allgemeinen – trotz mancher Reibungsflächen – bewährt.<sup>44</sup>

## 9 Anhang

### 9.1 Die Autoren der Texte über die Pressestellen der Länder in der Weimarer Republik

K.W. = Kristin Wolf

T.L. = Tobias Liebert

Die Ursprungstexte wurden von K.W. im Rahmen des Projekt-Seminars „PR-Geschichte (PR-Museum)“ unter Leitung von Günter Bentele und Stefan Wehmeier verfasst. K.W. legte im Sommersemester 2006 eine entsprechende Hausarbeit vor. Für einen zwischenzeitlichen formalen Korrekturgang gilt Günter Bentele Dank. Die Texte wurden später von T.L. bearbeitet, teilweise neu strukturiert und ergänzt.

### 9.2 Literaturverzeichnis (insbesondere Hausarbeit von K.W.)

*Bauer, Peter* (1962): Die Organisation der amtlichen Pressearbeit in der Weimarer Zeit. Berlin: Ernst-Reuter-Gesellschaft.

*Bentele, Günter* (1997): PR-Historiographie und funktional-integrative Schicht. In: Szyszka, Peter (Hrsg.): Auf der Suche nach Identität. Berlin: Vistas Verlag. S. 137-169.

*Bentele, Günter; Liebert, Tobias* (2005): PR-Geschichte in Deutschland. Allgemeine Entwicklung, Entwicklung der Wirtschafts-PR und Berührungspunkte zum Journalismus. In: Arnold, Klaus; Neuberger, Christoph (Hrsg.) (2005): Alte Medien – neue Medien. Festschrift für Jan Tonnenmacher. Wiesbaden VS Verl. für Sozialwiss. S. 221-241.

---

<sup>43</sup> Vgl. u. a. Bonte 1997, S. 12/23f.

<sup>44</sup> Cramer 1931, Sp. 372.

*Binder, Elisabeth* (1983): Die Entstehung unternehmerischer Public Relations in der Bundesrepublik Deutschland. Münster: Lit Verlag.

*Bonte, Achim* (1997): Werbung für Weimar? Öffentlichkeitsarbeit von Großstadtverwaltungen in der Weimarer Republik. Mannheim: Palatium-Verlag.

*Cramer, Valmar* (1931): Presseamt, Pressestelle. In: Staatslexikon (1931). 5., von Grund aus Neubearb. Aufl. Bd. 4. Freiburg i. Br. Spalten 369-372.

*Fischer, Heinz-Dietrich* (1981): Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Düsseldorf: Droste-Verlag.

*Goros, Antonios* (1998): Entwicklungen von Public Relations in Deutschland während der Kaiserzeit und der Weimarer Republik (1871-1933). Dissertation. Münster: Univ.

*Goslar, Hans* (1921): Staatliche Pressechefs als politische Beamte. In: Deutsche Presse. 9. Jg., Nr. 2 vom 14. Januar 1921. S. 1f.

*Groth, Otto* (1929): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde (Journalistik). Mannheim; Berlin; Leipzig: J. Bensheimer.

*Hartwig, Andrea* (2003): Rezension zu: Lau, Matthias: Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik. Stuttgart 2003. In: H-Soz-u-Kult, 17.07.2003, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2003-3-040><sup>45</sup>

*Koszyk, Kurt* (1972): Deutsche Presse 1914-1945. Geschichte der der deutschen Presse Teil III. Berlin: Colloquium-Verlag.

*Lau, Matthias* (2003): Pressepolitik als Chance. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik. Stuttgart: Steiner-Verlag.

*Liebert, Tobias* (1995): Zur Geschichte kommunaler Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland (Von ihren Anfängen bis in die „Weimarer Republik“). Ausführliche deutsche Fassung des Vortrags „History of Municipal Public Relations in Germany“ auf dem „Second International Public Relations Research Symposium“, Lake Bled, Slovenia, July 6-9th 1995.

*Liebert, Tobias* (1997): Über einige inhaltliche und methodische Probleme einer PR-Geschichtsschreibung. In: Szyszka, Peter (Hrsg.) (1997): Auf der Suche nach Identität. PR-Geschichte als Theoriebaustein. Berlin: Vistas. S. 79-99.

*Liebert, Tobias* (1999): Public Relations für Städte in verschiedenen zeitgeschichtlichen Epochen: Fallbeispiel Nürnberg. In: Wilke, Jürgen (Hrsg.) (1999): Massenmedien und Zeitgeschichte. Konstanz: UVK Medien, S. 409-423 (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 26).

*Liebert, Tobias* (1996/2003): Theorie und Praxis der Öffentlichkeitsarbeit: Walter Schöne. Erscheint in: Karl-Bücher-Forschungsstelle der Universität Leipzig. Kleine Arbeiten und Materialien. Leipzig: Universitätsverlag, voraussichtlich 2013.

---

<sup>45</sup> Vgl. auch: Stibbe, Matthew (2004): Review of Lau, Matthias, Pressepolitik als Chance: Staatliche Öffentlichkeitsarbeit in den Ländern der Weimarer Republik. H-German, H-Net Reviews. July, 2004. <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=9572>

*Schöne*, Walter (1928): Die Zeitung und ihre Wissenschaft. Leipzig: F. A. Timm.

*Sturm*, Reinhard (2003): Zwischen Festigung und Gefährdung. In: Weimarer Republik. Nr. 261. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung bzw. Tiefdruck Schwann-Bagel. S. 32-48.

*Tucholsky*, Kurt: Glossen und Essays. Gesammelte Schriften 1907-1935. In: <http://www.textlog.de/tucholsky-pressestellen.html> (Abruf am 23.12.2006)

*Wrobel*, Ignaz (Pseudonym) (1920): Pressestellen. In: Freiheit. 8.8.1920. Zit. nach: *Tucholsky*, Kurt: Glossen und Essays. Gesammelte Schriften 1907-1935. In: <http://www.textlog.de/tucholsky-pressestellen.html> (Abruf am 23.12.2006 und am 15. Januar 2013)

<http://www.dhm.de/lemo/html/weimar/index.html> (Abruf am 15. Januar 2013)

<http://www.demokratiegeschichte.eu/index.php?id=87> (Abruf am 15. Januar 2013)